

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 08.02.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:27 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Herr Stephan Richter Vertretung für Frau Bauer
Frau Ursula Schineller
Herr Michael Weber

SPD

Herr Melchior Fluhme
Frau Sylvia Gorsler Vorsitzende
Herr Markus Kollmeier (bis 19:00 Uhr)
Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne
Herr Serafin Eilmes
Herr Joachim Hood Stellv. Vorsitzender
Frau Sarah Labarbe

FDP

Herr Nick Focke

Die Partei

Herr Christian Loth Vertretung für Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Florian Sander

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic
Frau Iris Huber (bis 19:22 Uhr)
Herr Rüdiger Klein

Integrationsrat
Seniorenrat
Psychiatriebeirat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Verwaltung

Herr Martin Adamski
Frau Silke Aron
Herr Deniz Düzel
Frau Julia Harmsen

Herr Jens Hagedorn
Herr Kristian Hauptmann
Herr Peter Hiltawsky
Frau Gisela Krutwage
Herr Kapriel Meser
Herr Fabian Möller

Herr Ingo Nürnberger
Herr Björn Palma
Frau Antonia Rolf
Frau Mareike Rüweler

Frau Andrea Steinberg

Beigeordneter Dezernat 3 (bis TOP 7)
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Amt für Schule (zu TOP 5)
Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (bis TOP 7)
Bauamt (zu TOP 8)
Amt für Verkehr (zu TOP 7)
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Amt für Schule (zu TOP 5)
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 10)
Erster Beigeordneter Dezernat 5
Stab Dezernat 5
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 10)
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (bis TOP 11)

Gäste

Herr Ulrich Paus

AG Wohlfahrtsverbände

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 23. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärt Vorsitzende Frau Gorsler, dass zu TOP 3 „Anfragen“ eine weitere Anfrage vorläge, die als

- TOP 3.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 31.01.2023 zu den Bearbeitungszeiten für die Hilfe in Einrichtungen behandelt werde. Die Antwort der Verwaltung läge vor. Weitere Änderungen zur Tagesordnung lägen nicht vor. Frau Weißenfeld beantragt für die Koalition zum TOP 5 „Bedarfsgerechte Versorgung mit regelhafter Schulsozialarbeit an Schulen in städt. Trägerschaft“ die Behandlung in 1. Lesung.

Die Anwesenden stimmen dem einstimmig zu.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 22. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.01.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 22. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11.01.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

"Rassismus geht uns alle an" - Bielefelder Aktionswochen gegen Rassismus

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Kommunalen Integrationszentrums und hebt den Termin der Hauptveranstaltung am 21.03.2023 hervor.

-.-.-

Zu Punkt 2.2

"NRW- Stärkungspakt - gemeinsam gegen Armut"

Vorsitzende Frau Gosler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt-. Auf Nachfrage erläutert Frau Krutwage, dass der Bewilligungsbescheid über 3,3 Mio € nunmehr vorliege und die Mittelverwendung für die Absicherung der sozialen Infrastruktur geplant werde, wobei die Mittel nicht für Personalkosten

eingesetzt werden dürften. Am 09. Februar gebe es eine Informationsveranstaltung des Städtetages. Es würden zeitnah Finanzierungsvorschläge erarbeitet, die Mittel müssten in 2023 abgerufen werden, so dass ihre tatsächliche Verwendung im August feststehen müsse.

Herr Paus bittet darum, alle Träger über den zeitlichen Ablauf zu informieren, um die aufkommende Aufregung zu beruhigen. Herr Nürnberger hofft, bis Ende des Monats eine eigene Zielvorstellung entwickelt zu haben, wofür die Mittel eingesetzt werden sollten. Leider seien Maßnahmen wie z. B. die Intensivierung der Schuldnerberatung, die eine personelle Aufstockung benötigten, nicht finanzierbar, es gehe eher um Sachkosten.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Kampagne „Grundsicherung – Ihr gutes Recht“

Nachdem die Vorsitzende auf die mit der Einladung versandte Mitteilung der Verwaltung hingewiesen hat, erläutert Frau Krutwage, die Kampagne solle helfen, die Dunkelziffer der Menschen mit Grundsicherungsanspruch ins Hellfeld zu rücken. Dafür würden u.a. auch Plakate und Postkarten mit verschiedenen Motiven genutzt, die sie zur Ansicht mitgebracht habe. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss macht seine Unterstützung der Kampagne deutlich.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema "Runder Tisch Pflege" vom 27.01.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5478/2020-2025

Herr Focke bedankt sich für die Antwort, die zeige, dass auch die kleinen Pflegedienste berücksichtigt würden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Anfrage der CDU-Fraktion vom 31.01.2023 zu den Bearbeitungszeiten für die Hilfe in Einrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5509/2020-2025

Herr Copertino wünscht sich anstelle der Prozentangaben absolute Zahlen. Frau Krutwage erläutert, dass seit der Wiederherstellung der regulären Arbeitsfähigkeit der Abteilung vor einem halben Jahr etwa 140 Anträge bearbeitet worden wären, hiervon rd. 60 % innerhalb der ersten sechs

Monate. Auf die Nachfrage von Herrn Kuhlmann erläutert sie, dass eine 100 %-ige Bearbeitungsquote innerhalb von sechs Monaten nicht erreichbar sei, da es immer komplexe und/oder streitige Fälle gebe, bei denen sich die Bearbeitung verzögere.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 3.3

Anfrage von Herrn Hood, Bündnis 90/Die Grünen, zur Wiedereröffnung des AWO-Seniorenzentrums Baumheide

Herr Hood stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine mündliche Anfrage zur aktuellen Berichterstattung zum AWO-Seniorenzentrum Baumheide. Er möchte wissen, ob die WTG-Behörde die Frage der Wiedereröffnung klären könne. Beigeordneter Herr Nürnberger kann hierzu nach einem kurzen Austausch mit Herrn Euler, AWO OWL, einen Termin Anfang des 2. Quartals 2023 in Aussicht stellen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 4

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 5

Bedarfsgerechte Versorgung mit regelhafter Schulsozialarbeit an Schulen in städt. Trägerschaft

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5257/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Meser und Herrn Düzel vom Amt für Schule.

Herr Hood berichtet von der Beratung im Jugendhilfeausschuss. Bereits dort sei die Vorlage der Gesamtliste gewünscht worden, um weitere Problemfelder identifizieren zu können. Er fragt, warum als erster Schritt die Mindestausstattung an allen Schulen beschlossen werden solle und nicht eine Aufstockung da, wo es am nötigsten sei. Die Kostenaufstellung solle um die Sachkosten ergänzt werden.

Herr Meser antwortet, aufgrund der dynamischen Situation im Handlungsfeld müsse eine Übersicht zum jeweiligen Ist-Stand fortlaufend aktualisiert werden. Er verweist auf seine Präsentation, die er im Schul- und Sportausschuss am 17.01.2023 vorgestellt habe. Sie ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Beigeordneter Herr Nürnberger merkt an, dass die Grundausrüstung mit 0,5 Stellen ein erster Schritt sei. Hierfür gebe es genauso wie für die vorrangige Aufstockung der Sozialarbeit in Schulen mit einem hohem Indexwert bildungsrelevanter sozialer Belastungen gute Gründe. Er habe sich von dem Argument überzeugen lassen, dass es selbst an der stärksten Schule Schüler*innen gebe, die von Schulsozialarbeit profitierten. Erfreulicherweise sei in den meisten Schulen die auskömmliche Ausstattung durch die Anstrengungen der letzten Jahre fast erreicht.

Frau Beier ergänzt, dass der Index bildungsrelevanter sozialer Belastungen in der Ganzheitlichen Schulentwicklungsplanung 2020-2030 erläutert werde und jährlich fortzuschreiben sei.

Herr Meser betont, dass mit der vorgeschlagenen Beschlussfassung Verlässlichkeit für die Eltern, die Schulen und die Träger geschaffen werden solle. Die Schulsozialarbeit solle hierdurch als Teil der Bildungsinstitution Schule systematisiert werden.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt in 1. Lesung Kenntnis von der Vorlage. -

-.-.-

Zu Punkt 6

Personalveränderungen für Corona-Aufgaben

Zu diesem Tagesordnungspunkt verweist Vorsitzende Frau Gorsler auf die mit der Einladung versendete Informationsvorlage. Hierzu hat Frau Rammert die Frage, ob es seitens der Stadt vorzeitige Vertragsauflösungen bzw. Kündigungen bei den Corona-Scouts geben werde, weil der sachliche Grund für die Befristung der Beschäftigungsverhältnisse entfalle. Hierzu bestätigt Herr Adamski, dass die Verträge für die Pandemie-Situation geschlossen worden seien und dieser Sachgrund nunmehr entfalle. Wie die vertraglichen Vereinbarungen arbeitsrechtlich angewandt würden, obliege dem zuständigen Dezernat 1.

Herr Adamski sieht in der Möglichkeit, Personal zu reduzieren, ein signifikantes Zeichen dafür, dass sich die Lage wieder beruhige, was auch die Fallzahlen bestätigten. Er kündigt für die Zukunft neue Themen des Gesundheits-, Veterinär und Lebensmittelüberwachungsamtes im Sozial- und Gesundheitsausschuss an, wie z.B. präventive Maßnahmen im medizinischen Bereich.

-.-.-

Zu Punkt 7

Neuausrichtung des Mobilfunkausbaus in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4906/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt Herrn Hauptmann vom Amt für Verkehr. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss trifft ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es wird die Wichtigkeit des Mobilfunkausbaus, insbesondere mit neuen Mobilfunktechnologien wie 5G oder neuere, für die Stadt Bielefeld anerkannt.
2. Zukünftig werden grundsätzlich die Vorgaben der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in seiner jeweils aktuellen Fassung für den weiteren Mobilfunkausbau in der Stadt Bielefeld angewendet.
3. Die Beschlüsse vom Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss vom 18.12.2001 (TOP 8, Vorlage 4662) und vom 23.11.2004 (TOP 31, Drucksachen-Nr. 219) sowie der Beschluss vom Werksausschuss Immobilienservicebetrieb vom 23.11.2004 (TOP 15, Drucksachen-Nr. 219) für den Mobilfunkausbau werden aufgehoben.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung Anfragen von Unternehmen zum Mobilfunkausbau zu koordinieren und vorbehaltlich notwendiger Prüfungen, städtische Liegenschaften für den Mobilfunkausbau zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Bewilligungsergebnis Wohnungsbauförderung 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5339/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Hagedorn vom Bauamt.

Unter Bezugnahme auf die Informationsvorlage stellt Herr Hagedorn mittels einer Präsentation das Bewilligungsergebnis der Wohnungsbauförderung 2022 vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

Herr Hagedorn weist unter anderem darauf hin, dass die neuen Fördermieten (6,50 €/m²) künftig schon ab der Bewilligung der Wohnungsbauförderung gelten würden und nicht mehr wie bisher ab der Fertigstellung der Maßnahme. Auch deswegen hält er eine Anpassung der KdU-Grenzwerte für wünschenswert. Dem schließt sich Herr Gugat an: die auf diese Hilfen angewiesenen Menschen bräuchten eine zeitnahe Anpassung der Referenzmieten.

Im Folgenden beantwortet Herr Hagedorn Fragen. Er gibt an, dass der Bestand von rd. 12.000 Sozialwohnungen in den letzten drei Jahren auf jetzt 12.400 gesteigert werden konnte. Unter Berücksichtigung der aus der Sozialbindung fallenden Wohneinheiten seien in 2022 netto rd. 250 Einheiten fertiggestellt worden, in 2021 150 und in 2020 rd. 100 bis 120.

Hierzu merkt Frau Rammert an, dass dem Markt studentische Wohneinheiten auch entzogen worden seien, z.B. durch den Abriss des Stenner-Wohnheimes in 2018. Herr Hagedorn bestätigt, dass in diesem Segment auch bestandsersetzende und Modernisierungsprojekte bewilligt worden seien. Zur Frage von Herrn Eilmes zur Bezirksverteilung der Förderungen gibt Herr Hagedorn an, dass er die Auswertung nach Bezirken nachreichen werde.

NEUBAU	Anzahl öffentlich geförderter Mietwohnungen und Studierendenwohnheimplätze pro Stadtbezirk									
	Jöllenbeck	Schildesche	Dornberg	Heepen	Stieghorst	Mitte	Gadderbaum	Brackwede	Senne	Sennestadt
Summe 2020 - 22	9	86	92	82	137	110	0	41	21	76

Da nicht nur die BGW und andere große Investoren, sondern auch viele kleine Player mit kleineren Objekten in Bielefeld aktiv seien, seien die geförderten Wohneinheiten sehr über das Stadtgebiet verteilt. Die Quote für sozialen Wohnungsbau greife zwar nur da, wo neue Bebauungspläne aufgestellt würden, aber aufgrund der aktuellen Lage (Inflation, Krieg, Engpässe bei Material und Fachkräften, Zinssteigerung) sinke die Bereitschaft zum freifinanzierten Wohnungsbau generell.

Die Frage von Frau Weißenfeld, um welche Objekte es sich bei den Behindertenwohnungen handle, beantwortet Herr Hagedorn damit, dass 19 Wohneinheiten für Rollstuhlfahrer*innen und ein Wohnheim der Stiftung Ummeln neben weiteren dezentralen Objekten gefördert worden seien.

Frau Beier möchte wissen, wieso die Modernisierungsmaßnahmen erheblich zurückgegangen seien. Dies liege an einer sehr umfangreichen Maßnahme, die im Jahr 2020 bewilligt worden und 2020 in die Statistik eingeflossen sei, aber in fünf Folgejahren realisiert werde. Herr Hagedorn erläutert weiterhin die alten und neuen Regelungen zur Wohnungsbindung, Fördermiete sowie das Verfahren der mittelbaren Belegung.

Herr Kollmeier fragt nach dem Vergleich der großen Kommunen in NRW bei der Wohnungsbauförderung. Dieser sei demnächst auf der Seite des zuständigen Ministeriums zu finden (www.mhkbd.nrw). Herr Hagedorn hofft, das Bielefeld wieder einen guten vorderen Platz belege (vgl. **Anlage 3**: Pressemeldung vom 10.2.2023, Bielefeld nach Wohneinheiten auf Platz drei hinter Köln und Essen). Das Wohnungsmarktbarometer werde aktuell neu erstellt und könne voraussichtlich nach den Osterferien vorgelegt werden.

Vorsitzende Frau Gorsler schließt die Aussprache und bedankt sich für die Ausführungen.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 9

Bielefelder Modell - aktueller Sachstand -

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass aktuell weitere Gespräche mit der BGW und den beiden beteiligten Trägern geführt würden. Hierbei liege man bei der konzeptionellen und finanziellen Ausgestaltung der nächtlichen Versorgung noch auseinander. Eine weitere Unsicherheit sei der Ausgang des laufenden Insolvenzverfahrens eines Trägers.

Frau Krutwage ergänzt, dass das Bielefelder Modell ein komplexes Thema sei. Es gehe nicht nur um Pflege, nicht nur um Wohnen, nicht nur um präventive gesundheitsfördernde Angebote, sondern um das Zusammenspiel dieser vielen Komponenten auch unter Berücksichtigung des Teilhabegedankens für die Nutzer*innen. Unter ihnen seien auch viele Menschen mit Behinderungen oder psychisch Erkrankte, teilweise in der Eingliederungshilfe des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Das Bielefelder Modell solle die stationäre Versorgung ergänzen für die Fälle, die in ihrem Umfeld bleiben wollten. Für sie sei auch die verlässliche nächtliche Versorgung wichtig und notwendig, für die es aber derzeit keine auskömmlichen Finanzierungsbedingungen gebe. Eine Notwendigkeit sei z.B. die ausreichende Inanspruchnahme der nächtlichen Versorgung durch pflegebedürftige Bewohner*innen, damit sich ein entsprechendes Angebot der Leistungserbringer lohne. Dazu käme die Unterschiedlichkeit der beiden beteiligten Träger sowie der einzelnen Standorte, die nun in ein einheitliches Konzept eingebracht werden müsse. Der Anspruch von Ende 2022, bereits in dieser Sitzung eine Beschlussvorlage einzubringen, sei zu ambitioniert gewesen. In der kommenden Woche werde ein weiteres Treffen mit den Trägern stattfinden.

Frau Krutwage kündigt an, eine Information mit Eckpunkten zum Bielefelder Modell zu Protokoll zu geben. Diese Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigelegt. Frau Weißenfeld bittet darum, den Ausschuss weiter auf dem Laufenden zu halten.

-.-.-

Zu Punkt 10

Aktionsplan Inklusion in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5419/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Rübeler und Herrn Möller vom Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention. Diese stellen den Aktionsplan Inklusion in Bielefeld anhand einer Präsentation vor, die der Niederschrift als **Anlage 5** beigelegt ist.

Sie stellen zu einzelnen Themenbereichen Thesen vor, über die im Ausschuss diskutiert wird.

Zur These zur leichten Sprache (Folie 12) beginnt Vorsitzende Frau Gorsler mit der Frage, ob das Symbol für leichte Sprache (Person mit Buch) allgemein bekannt sei. Frau Rübeler antwortet, dass das Icon standardisiert ist und Betroffene es erkennen. Menschen, die noch nicht mit leichter Sprache gearbeitet haben, müsse das Symbol noch bekannter gemacht werden.

Vorsitzende Frau Gorsler gibt zu bedenken, dass es für komplizierte Verwaltungsschreiben oftmals rechtliche Gründe gebe und der Verweis auf den Button „leichte Sprache“ unter Umständen als Stigmatisierung empfunden werden könne. Herr Gugat lehnt die vorgestellte These ab. Gerade in der Kommunikation von Behörden sei leichte Sprache für alle vulnerablen Personen wichtig. Er unterstütze den beschriebenen Einsatz der Künstlichen Intelligenz für ein leichteres Verständnis von Texten in vielen Bereichen. Herr Möller verweist in diesem Zusammenhang auf Begleitschreiben zu rechtlichen Dokumenten, die Erklärungen und Ausfüllhilfen enthielten und deren Nutzung optional sei.

Frau Weißenfeld betont, dass mit den Betroffenen selbst gearbeitet werden sollte. Leichte Sprache solle einfach, aber nicht kindlich sein und die Menschen ernst nehmen. Frau Rüweler verweist auf das standardisierte Verfahren zur Übersetzung in leichte Sprache, bei dem die Beteiligung durch die Rückkopplung mit einer Prüfler*innengruppe gesichert sei. Aber auch die technische Umsetzung werde mit Betroffenen getestet.

Frau Rammert hinterfragt die Problematik von leichter Sprache im Zusammenhang mit Restaurants. Herr Möller erklärt, dass dies oftmals eine Frage des Aufwandes sei, manchmal aber auch Bedenken wegen einer möglichen Stigmatisierung bestünden.

Frau Beier fragt, warum nur Formulare der Stadt Bielefeld in leichte Sprache übersetzt würden und nicht auch die Anträge für soziale Leistungen wie z. B. Wohngeld oder Grundsicherung im Alter. Frau Rüweler erläutert die Hintergründe, dass hierfür ein landesweites Vorgehen und eine Finanzierung durch das Land NRW notwendig sei. Hieran arbeiteten verschiedene überregionale Gruppen bereits.

Herr Sander stimmt der These ebenfalls nicht zu. Er vermutet, dass Menschen oft nicht bemerkten, wenn sie sich unverständlich ausdrückten, da sie selbst mit dem behandelten Thema vertraut seien und nicht wüssten, wie schwierig es für andere sei.

An die Vorstellung der These zu den Werkstätten für behinderte Menschen (Folie 24) schließt sich eine Diskussion an, an der sich Frau Beier, Frau Weißenfeld, Herr Hood, Herr Weber, Herr Paus und Herr Klein beteiligen. Alle Redner*innen begrüßen die Integration von Menschen mit Behinderungen in den (ersten) Arbeitsmarkt, sehen aber auch die Hindernisse. Es komme jeweils auf den Einzelfall an und auch die Veränderungen der gesellschaftlichen und der wirtschaftlichen Situation müssten berücksichtigt werden. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderung seien für viele Personen die geeignete und oft auch einzige Möglichkeit für Teilhabe am Arbeitsleben.

Herr Sander hält die Inklusionsplanung relevant für mehrere Bevölkerungsgruppen und verdeutlicht das am Beispiel der Barrieren durch E-Scooter für Sehbehinderte oder Menschen mit Rollstuhl, Kinderwagen bzw. Rollator.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 11

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen- Auswertung der Abfrage zur Tarifbindung der freien Träger

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5467/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Wortmeldungen zur Informationsvorlage der Verwaltung. Frau Beier dankt für die aussagekräftige Auswertung und hält sie für einen hilfreichen ersten Schritt für die Absicht der Koalition, die Tarifbindung der städtischen Vertragspartner zu erhöhen. Die Ergebnisse seien noch nicht zufriedenstellend, so würden noch 3 Mio. € an Vertragspartner ohne Tarifbindung gezahlt. Über die Hälfte der Träger wendeten die Tarifverträge vollständig oder zumindest teilweise an. Als Begründung, Tarifverträge nicht oder nur teilweise anzuwenden, würden wenig überraschend mangelnde Finanzmittel auch aufgrund einer strukturellen Unterfinanzierung herangezogen. Die könne aber nicht allein zu Lasten der Stadt Bielefeld gehen.

Herr Weber fragt nach dem Zeitpunkt der Informationsvorlage, denn aktuell befinde man sich doch innerhalb der Laufzeiten bestehender Verträge. Beigeordneter Herr Nürnberger antwortet, dass laut Ratsbeschluss die Informationen bis Mitte 2023 hätten vorgelegt werden müssen und die Verwaltung diesen Auftrag frühzeitig ausgeführt habe.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 12

Weiterfinanzierung des Projektes „Spaziertreff - Komm, wir gehen spazieren“ (Beschluss des Seniorenrates vom 16.11.2022) - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5149/2020-2025/1

Vorsitzende Frau Gorsler erteilt Frau Huber als Vertreterin des Seniorenrates das Wort.

Frau Huber begründet, warum der Seniorenrat die Fortführung der Spaziertreffs auch nach Auslaufen der Finanzierung durch den Corona-Fonds zum 30.06.2023 für wichtig hält. Auch ehrenamtliches Engagement benötige hauptamtliche Lenkung.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Verankerung der Veranstaltungen in den Quartieren Aufgabe des Stadtsportbundes sei. Möglicherweise seien die Spaziertreffs als Präventionsprojekt von den Krankenkassen anzuerkennen.

Frau Beier betont, dass der Antrag des Seniorenrates auf keinen Fall abgelehnt werden solle, sondern schlägt einen Prüfauftrag an die Verwaltung als veränderten Beschlussvorschlag vor: „Auf Empfehlung des Seni-

orenrates bittet der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Verwaltung, bis zum 29.08.2023 unter Berücksichtigung der Anzahl der Teilnehmenden im Sommer zu prüfen, in welchem Umfang kommunale Mittel erforderlich sind, um das Projekt Spaziertreff in den Quartieren über 2023 hinaus zu verstetigen und in ehrenamtliche Strukturen zu überführen.“

Herr Gugat stimmt Frau Huber zu, dass eine zumindest semiprofessionelle Koordinierung notwendig sei, hält aber die Summe von 76.000 € für rd. 300 Teilnehmende für sehr hoch. Er schlägt eine Evaluation der Veranstaltungen vor für die Zeit ihrer Überführung in ehrenamtliche Strukturen. Herr Hood sieht keinen weiteren Bedarf für eine zentrale Koordinierungsstelle, vielmehr sollten die Spaziertreffs an die reguläre Quartiersarbeit angebunden werden. Auch Herr Kuhlmann regt an, andere Akteure z. B. über die Freiwilligenagentur oder die Universität zu gewinnen. Er bittet um die Berücksichtigung von versicherungstechnischen Fragen.

Frau Huber sieht die Spaziertreffs ebenfalls als gute Quartiersarbeit und befürwortet die weiteren Kontaktaufnahmen zur Prüfung alternativer Finanzierung und Unterstützung. Herr Nürnberger bestätigt, dass dies bis nach der Sommerpause rechtzeitig geschehen werde.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt den Vorschlag zur Evaluation von Herrn Gugat mit dessen Einverständnis bis zur endgültigen Beschlussfassung über die Spaziertreffs zurück. Sie fasst die Diskussionsbeiträge zusammen und übernimmt sie in den Wortlaut des Prüfauftrages von Frau Beier:

„Auf Empfehlung des Seniorenrates bittet der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Verwaltung, bis zum 29.08.2023 unter Berücksichtigung der Anzahl der Teilnehmenden im Sommer zu prüfen, in welchem Umfang kommunale Mittel erforderlich sind, um das Projekt Spaziertreff in den Quartieren über 2023 hinaus zu verstetigen und in ehrenamtliche Strukturen zu überführen (unter Berücksichtigung der Punkte - Wer kann dort mit eingebunden werden? - Versicherungstechnische Fragen? - Wie geht es weiter?).“

Vorsitzende Frau Gorsler ersetzt den Beschlussvorschlag der Vorlage durch den von ihr verlesenen Änderungsantrag und lässt darüber abstimmen:

Beschluss:

Auf Empfehlung des Seniorenrates bittet der Sozial- und Gesundheitsausschuss die Verwaltung, bis zum 29.08.2023 unter Berücksichtigung der Anzahl der Teilnehmenden im Sommer zu prüfen, in welchem Umfang kommunale Mittel erforderlich sind, um das Projekt Spaziertreff in den Quartieren über 2023 hinaus zu verstetigen und in ehrenamtliche Strukturen zu überführen (unter Berücksichtigung der Punkte - Wer kann dort mit eingebunden werden? - Versicherungstechnische Fragen? - Wie geht es weiter?).

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Verwendung der Haushaltsmittel aus dem Teilprodukt 11 01 2706 004: „Sprachbildung Sekundarstufe I und II/ Demokratiebildung“ des Kommunalen Integrationszentrums

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5307/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger stellt die Beschlussvorlage vor. Er erläutert, dass zum Teil die beantragten Mittel gekürzt werden mussten; mit allen zu Beteiligten sowie dem Integrationsrat sei nach Lösungen gesucht worden. Er bittet um die vorgeschlagene Beschlussfassung, da die Träger darauf warteten und die Gelder benötigten.

Frau Gorsler lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Integrationsrat empfiehlt/ der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt die Haushaltsmittel aus dem Teilprodukt 11 01 2706 004: „Sprachbildung Sekundarstufe I und II/ Demokratiebildung“ des Kommunalen Integrationszentrums (KI) in Höhe von 123.924,00 Euro wie von der Verwaltung vorgeschlagen zu verwenden:

Inhalt/Maßnahme	Beantragte Mittel 2023	Verwaltungsvorschlag Mittelverteilung 2023	Haushaltsansatz 2023
			123.924,00 €
FIT-in-Deutsch: Schulung der Sprachlernbegleiter (KI)	500,00 €	500,00 €	
Verein BAJ e.V. / Heinz Hunger Berufskolleg gGmbH: Projekt Angekommen: FIT-in-Deutsch (Übernahme des Eigenanteiles des Trägers für die Landesförderung)	6.930,00 €	6.930,00 €	
IBZ: FIT-in-Deutsch (Übernahme des Eigenanteiles des Trägers für die Landesförderung)	2.310,00 €	2.310,00 €	
Running in your shoes (KI)	37.000,00 €	37.000,00 €	
Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (KI)	3.000,00 €	3.000,00 €	
Zwischensumme	49.740,00 €	49.740,00 €	74.184,00 €
Inhalt	Beantragte Mittel 2023	Verwaltungsvorschlag Mittelverteilung 2023: Lineare Kürzung der Anträge um 31 Prozent	Haushaltsansatz 2023
Verein BAJ e.V. / Heinz Hunger Berufskolleg gGmbH: Projekt Angekommen: Nachhilfe	21.600,00 €	14.904,00 €	

IBZ: Lernforen	4.500,00 €	3.105,00 €	
Förderangebote Tabula	15.000,00 €	10.350,00 €	
Förderangebote AWO	66.500,00 €	45.885,00 €	
Zwischensumme	107.600,00 €	74.244,00 €	
Gesamtsumme:	157.340,00 €	123.984,00 €	
Verbleibende Restmittel			- 60,00 €

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Bericht zur aktuellen Situation von geflüchteten Menschen in Bielefeld

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass die Situation bei den Zugängen ruhig sei. Es handele sich überwiegend um Familiennachzüge und die Zahlen seien niedrig. Bielefeld habe immer noch keine Aufnahmepflicht. Es gebe einen hohen Beratungsbedarf und eine hohe Beanspruchung der Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Der Einzug in die Übergangswohnungen im Musikerviertel habe sich verzögert, würde aber in der nächsten Woche beginnen.

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Frau Krutwage berichtet über die weiter ausstehende Information des Gesundheitsamtes zum Prüfauftrag zur Gesundheitsberichterstattung. Das Thema Katzenkastration werde in den Ausschuss eingebracht werden. In der März-Sitzung werde es eine Vorlage zum Thema Diamorphin geben, die über den aktuellen Planungsstand informiere. Auch die Themen Schulsozialarbeit und Bielefelder Modell würden in die kommende Sitzung mitgenommen.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

-.-.-

Sylvia Gorsler

Britta Zimmermann